

07.11.2017 – 09:35 Uhr

Sozialhilfe in den Städten: Kinder als Armutsrisiko

Bern (ots) -

Die Zahl der Sozialhilfebeziehenden in den Schweizer Städten hat 2016 zugenommen: Im Durchschnitt der 14 untersuchten Städte stiegen die Fallzahlen um 5,2 Prozent. Erstmals wurde das Sozialhilferisiko nach Haushalts- und Familienform erhoben: Am häufigsten müssen Einzelpersonen von der Sozialhilfe unterstützt werden. Sehr deutlich zeigt sich auch, dass Kinder ein Armutsrisiko darstellen: so ist die Mehrheit der jungen alleinerziehenden Mütter auf Sozialhilfe angewiesen. In verschiedenen Schweizer Städten existieren bereits spezifische Programme für diese Zielgruppe.

Der Kennzahlenvergleich zur Sozialhilfe, erarbeitet von der Berner Fachhochschule und der Städteinitiative Sozialpolitik, dokumentiert aktuelle Entwicklungen von 14 Städten. Er erscheint zum 18. Mal und erstmals auch auf Französisch. Die Städte sind die wesentlichen Akteure in der Sozialhilfe und funktionieren als Frühwarnsysteme für gesellschaftliche Veränderungen. In den untersuchten 14 Städten lebt rund ein Viertel aller Sozialhilfebeziehenden der Schweiz.

Neue Kennzahl bringt neue Erkenntnisse

Haben bestimmte Haushalts- und Familienformen ein stark erhöhtes Sozialhilferisiko und gibt es Unterschiede zwischen den Städten? Dank der vom Bundesamt für Statistik (BFS) neu erhobenen Kennzahl «Haushaltsquote der Sozialhilfe» können solche Fragen erstmals beantwortet werden. Familienhaushalte – also Haushalte, in denen mindestens eine minderjährige Person lebt – haben in allen 14 Städten das höhere Sozialhilferisiko als kinderlose Haushalte. Kinder zu haben ist ein Armutsrisiko. Das Armutsrisiko erhöht sich wesentlich für Alleinerziehende und ist extrem hoch bei der (kleinen) Gruppe der jungen alleinerziehenden Mütter unter 25 Jahre: Im Durchschnitt der Städte sind über 80 Prozent dieser Haushalte auf Sozialhilfe angewiesen.

Armutsrisiko Kinder: Lösungsansätze der Städte

Zahlreiche grössere Städte haben auf diese Situation bereits reagiert und bieten spezifische Programme für Alleinerziehende an, so zum Beispiel Bern und Basel. Denn die Praxis zeigt, dass individuelle Beratung und das Nachholen einer Berufsausbildung oft der Schlüssel für eine nachhaltige Ablösung aus der Sozialhilfe ist. Zusätzlich braucht es ein ausreichendes, bezahlbares Angebot an familienergänzender Betreuung, um Erwerbstätigkeit und Familie zu vereinbaren. Die Städteinitiative Sozialpolitik engagiert sich für eine umfassende Politik der frühen Förderung, damit auch sozial benachteiligte Kinder gute Startchancen erhalten. Ein wirksames Instrument, um Familienarmut systematisch zu bekämpfen, sind Ergänzungsleistungen für Familien. Dies zeigt das Beispiel der Stadt Lausanne, wo dank kantonaler Familienergänzungsleistungen weniger Familien auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Überdurchschnittlicher Anstieg der Sozialhilfefälle

Im Jahr 2016 betrug die Zunahme der Sozialhilfefälle im Durchschnitt der 14 Städte 5,2 Prozent; das ist mehr als in den vergangenen Jahren (Anstieg unter 3 Prozent). Auch die Arbeitslosigkeit nahm in fast allen Städten zu, besonders stark in Schlieren, Biel und Winterthur. Ebenso stieg das Sozialhilferisiko der ausländischen Bevölkerung, es werden zunehmend Personen aus aussereuropäischen Ländern unterstützt. Als wesentlichen Ansatzpunkt betrachtet die Städteinitiative Sozialpolitik, dass im Flüchtlingsbereich Integrationsmassnahmen möglichst früh und gezielt einsetzen und durch den Bund adäquat finanziert werden. Zudem hindert der Aufenthaltsstatus «vorläufige Aufnahme» erwiesenermassen die Integration in die Arbeitswelt. Städte- und Gemeindeverband sprechen sich klar für die Schaffung eines neuen Status der Schutzgewährung aus, wie vom Bundesrat vorgeschlagen und vom Nationalrat unterstützt. Das Geschäft liegt nun beim Ständerat.

Lausanne: Der Sozialhilfe vorgelagerte Sozialsysteme zeigen Wirkung

Auffällig ist die Entwicklung der Sozialhilfe in Lausanne: Hier konnte der Fallanstieg im Gegensatz zu den anderen Städten seit 2012 deutlich gebremst werden; die Sozialhilfequote sank. Diese Entwicklung ist wesentlich auf die im Kanton Waadt neu eingeführten Leistungen wie die Familienergänzungsleistungen, die Überbrückungsrente (rente-pont) und gezielte Massnahmen für junge Erwachsene zurückzuführen. Systematische sozialpolitische Massnahmen für spezifische Risikogruppen haben positive Wirkungen auf die Entwicklung der Sozialhilfe und wirken der Stigmatisierung der Betroffenen entgegen.

Die Kennzahlen zur Sozialhilfe 2016 in Kürze

- 14 Städte: Im aktuellen Kennzahlenbericht Sozialhilfe sind 14 Städte vertreten: Basel, Bern, Biel, Chur, Lausanne, Luzern, St. Gallen, Schaffhausen, Schlieren, Uster, Wädenswil, Winterthur, Zug und Zürich. Der Bericht wird von der Berner Fachhochschule und der Städteinitiative Sozialpolitik mit Daten des Bundesamtes für Statistik (BFS) erarbeitet.
- Städte überdurchschnittlich betroffen: Die Sozialhilfequote – also das Verhältnis zwischen der Anzahl Sozialhilfebeziehenden und der Gesamtbevölkerung – ist in Städten und Agglomerationen höher als in ihrem ländlich geprägten Umland. In den 14 Städten

des Kennzahlenberichts leben 26 Prozent aller Sozialhilfebeziehenden der Schweiz.

- Unterschiede West-Ost: Das Sozialhilferisiko ist höher in den Städten im westlichen Landesteil und in den grösseren Deutschschweizer Städten mit Zentrumsfunktion als in kleineren Städten der Deutschschweiz.
- Zunahme der Fälle: Im Durchschnitt der 14 Städte war 2016 gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme der Sozialhilfefälle um 5,2 Prozent zu verzeichnen.
- Zumeist Einzelpersonen: Am häufigsten - in rund 70% aller Fälle - werden Einzelpersonen unterstützt; gefolgt von Alleinerziehenden, die je nach Stadt 15 bis 21,5 Prozent der Fälle ausmachen.
- Armutsrisiko Kinder: Die Sozialhilfequote von Kindern liegt in allen Städten deutlich über dem Durchschnitt. Extrem zeigt sich die Armutsfalle bei jungen alleinerziehenden Müttern unter 25 Jahren: Über 80 Prozent dieser Haushalte sind auf Sozialhilfe angewiesen.
- Ausländische Bevölkerung: In den meisten Städten hat das Sozialhilferisiko der ausländischen Wohnbevölkerung im vergangenen Jahr zugenommen.
- Im Durchschnitt 3,5 Jahre: Die durchschnittliche Bezugsdauer hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert und liegt bei rund 42 Monaten.

Kontakt:

Die Kontaktpersonen der beteiligten Städte finden sich auf beiliegender Liste. Auskünfte erteilt auch die Geschäftsstelle der Städteinitiative Sozialpolitik, Telefon 052 267 59 57, info@staedteinitiative.ch

Weitere Informationen siehe unter www.staedteinitiative.ch > Kennzahlenbericht aktuell:

- Kennzahlenvergleich zur Sozialhilfe in Schweizer Städten, Berichtsjahr 2016
- Städtische Projekte für junge Mütter und junge Erwachsene: <http://ots.ch/MXOOv>

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003533/100808927> abgerufen werden.